

Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung
- Eigenbetrieb des Landkreises Oder-Spree -
Fürstenwalde

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2013

Der Landkreis Oder-Spree als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger stellt die Abfallentsorgung im Sinne des § 3 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes im gesamten Landkreis sicher. Er betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung.

Ausgenommen ist die Errichtung und Betreibung einer Abfallbehandlungsanlage, die die im Landkreis Oder-Spree überlassenen Abfälle nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften behandelt und der weiteren Verwertung beziehungsweise Beseitigung zuführt.

Diese Aufgabe wurde an den Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree mit Sitz in Niederlehme, dessen Mitglied der Landkreis Oder-Spree ist, übergeben. Zur Erfüllung seiner abfallwirtschaftlichen Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger bedient sich der Landkreis Oder-Spree seines Eigenbetriebes Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung.

Mit diesem Unternehmen ist der Landkreis Oder-Spree in der Lage, den überwiegenden Teil der Pflichten des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers selbst zu erfüllen.

Nur in den Fällen, in denen es für den Eigenbetrieb aus technischen und personellen Gründen nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist, selbst tätig zu werden, erfolgt die Beauftragung von Teilaufgaben an zuverlässige Dritte.

Der Sitz des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens befindet sich in Fürstenwalde.

Über den Werksausschuss als fakultatives Organ des Kreistages (§ 8 der Eigenbetriebsverordnung) ist die politische Einflussnahme des Parlaments gesichert.

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2013 weist im gewerblichen Teil des Unternehmens einen Gewinn in Höhe von 39.033,07 € aus.

Der hoheitliche Bereich schloss vor der Dotierung der Rückstellungen gemäß § 9 des Brandenburgischen Abfallgesetzes mit einem Überschuss von T€ 1.017 ab. Die Verbesserung der Ertragslage des hoheitlichen Bereiches resultiert im Wesentlichen aus Gebührenerhöhungen. Die Kosten für die Behandlung gemischter Siedlungsabfälle, gemischter Bauabfälle und Sperrmüll sind durch die weitere Senkung der Behandlungsgebühren von 90,30 €/t auf 84,60 €/t um -223 T€ bzw. -6 % auf 3.629 T€ gesunken. Die gesamten Personalkosten lagen in 2013 mit 3.776 T€ um 2 % unter dem Vorjahresniveau (3.868 T€). Ursächlich war dieser Rückgang vor allem auf Langzeiterkrankungen, Stundenreduzierung und Personaleinsparung zurückzuführen. Die vor allem auf Gebührenerhöhungen zurückzuführenden

Umsatzsteigerungen bei den Abfall- und Benutzungsgebühren (+ 515 T€) konnten die geringeren PPK-Vermarktungserlöse (- 122 T€) kompensieren.

Die Zuführungen zur Rückstellung für Deponiesanierung und -nachsorge betrafen in 2013 neben den Aufwendungen aus der nach den Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des HGB bzw. der EigV erforderlichen Aufzinsung der mit dem Barwert der geschätzten künftigen Auszahlungen bewerteten Rückstellungen in Höhe von 1.068 T€ auch Rückstellungszuführungen gemäß § 9 des Brandenburgischen Abfallgesetzes in Höhe von 1.017 T€.

Im Wirtschaftsplan und auch in der Gebührenkalkulation wurden für die langfristigen Deponierück- und Altersteilzeitrückstellungen bereits 976 T€ Abzinsungen aufwands- und gebührenwirksam berücksichtigt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 nahmen folgende Aktivitäten Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens:

- Baubeginn 2. BA Deponie Buchwaldstraße in Eisenhüttenstadt
- Erneuerung des Büro- und Sanitärcontainers auf der AZ
- Kauf eines Hakenliftfahrzeuges
- Fertigstellung des Baues von 4 Gasbrunnen und einer Gassammelstation auf der Deponie „Alte Ziegelei“
 - Fertigstellung der Erneuerung der Umfahrung der Deponie Alte Ziegelei
 - Fertigstellung der Einfriedung der Alten Ziegelei auf der Nord-West-Seite
 - Sanierung der Gefahrstoffannahme auf der AZ
 - Kauf von Sicherheitsraumcontainern
 - Kauf von 40 cbm und 15 cbm Containern

Der Rückgang der liquiden Mittel um T€ 1.717 bzw. 14 % auf T€ 10.769 ist hauptsächlich auf die Auszahlungen für den 2. Bauabschnitt zur Oberflächenabdeckung der Deponie Eisenhüttenstadt zurückzuführen.

Das Kommunale Wirtschaftsunternehmen hat Ende 2012 im Unternehmen eine Potenzialanalyse zur Verwaltungsstruktur mit einem externen Beratungsunternehmen begonnen. Hintergründe dieser Prozessoptimierung waren die Anpassung an ständig neue gesetzliche Anforderungen, der bevorstehende Ruhestand des Werkleiters sowie die weitere Verbesserung der Verwaltungsprozesse. Ziel dieser Analyse war auch die Schaffung von Transparenz der derzeitigen Aufgabenzuteilung sowie der Schnittstellen.

Im Rahmen dieser Potenzialanalyse sollte eine neue Aufgabenzuweisung und Aufbauorganisation des KWU entwickelt werden. Dies konnte größtenteils zum 31. Dezember 2013 realisiert werden. Wesentliche Anpassungen wurden in der Leitungsstruktur und in den betrieblichen Abläufen vorgenommen. So ist die Personalstelle Werkleitung mit dem Ausscheiden des Werkleiters mit der Personalstelle der kaufmännischen Leiterin zusammengelegt worden. In den Aufgabenzuweisungen der Sachbearbeitungsebenen wurden zentralisierte

Strukturen geschaffen, so dass die Verwaltungsaufgaben straffer und effektiver gestaltet werden konnte.

2. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Investitionen

2.1 Bilanz

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	T€	T€
<u>AKTIVA</u>	<u>26.384</u>	<u>23.715</u>
- Anlagevermögen	12.458	10.224
- Umlaufvermögen	13.906	13.481
- übrige	20	10
<u>PASSIVA</u>	<u>26.384</u>	<u>23.715</u>
- Eigenkapital	3.479	3.440
- Sonderposten	2.325	0
- Rückstellungen	18.358	17.683
- Verbindlichkeiten	2.222	2.592

Anlagevermögen:

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Anlagevermögen im Saldo um T€ 2.234 erhöht.

Zugänge:	<u>T€</u>	
- Software	7	
- Sickerwassernachsorge	3	
- Abrollcontainer, Sicherheits- raumcontainer	99	
- Geräte, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	326	
- Anlagen im Bau	<u>3.693</u>	<u>4.128</u>

Abgänge:	<u>T€</u>	
- Tilgung Darlehen	562	
- Abschreibungen	1.332	1.894
		<u>2.234</u>

Umlaufvermögen:

Das Umlaufvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	T€	T€
- Vorräte	33	
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	483	
- Forderungen gegen den Landkreis Oder-Spree	26	
- sonstige Vermögensgegenstände	2.595	
- Kasse/Banken	10.769	13.906

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist unter Punkt 3 dargestellt.

Die Entwicklung der Rückstellungen ist unter Punkt 4 dargestellt.

Verbindlichkeiten:	T€	T€
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	492	
- Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	1.445	
- Verbindlichkeiten Landkreis Oder-Spree	2	
- sonstige Verbindlichkeiten	283	2.222

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012
	T€	T€
Umsatzerlöse	12.920	12.646
sonstige betriebliche Erträge	1.161	662
Materialaufwand	-102	-110
Personalaufwand	-3.776	-3868
Abschreibungen	-1.332	-721
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.867	-7719
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	106	219
Erträge aus Ausleih. d. Finanzanlageverm.	91	114
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.133	-1019
Steuern	-29	-69
Jahresergebnis	39	135

Der Jahresgewinn gliedert sich in

39 T€ Betrieb gewerblicher Art
0 T€ hoheitlicher Bereich

2.3 Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden Investitionen in Höhe von T€ 4.128 getätigt:

	<u>T€</u>
- Software	7
- Betriebseinrichtung der Abfallverarbeitungsanlagen	
* Abfallablagerung	3
- Einbringungsanlagen der Abfallbeseitigung	
* Betriebseinrichtung der Einsammlung	99
- Maschinen, maschinelle Anlagen	10
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	316
- Anlagen im Bau	<u>3.693</u>
	<u>4.128</u>

3. Entwicklung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	<u>T€</u>
Stand 01.01.2013	3.440
Jahresgewinn 2013	<u>39</u>
Stand 31.12.2013	<u>3.479</u>

4. Entwicklung der Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen für	Stand 01.01.2013	Verbrauch 2013	Auflösung 2013	Zuführung 2013	Stand 31.12.2013
	€	€	€	€	€
Abfallwirtschaft					
Deponienachsorge	16.553.460,43	1.068.019,90	0,00	2.085.282,74	17.570.723,27
Personalbereich					
Altersteilzeit	850.395,20	346.712,19	6.170,76	73.268,20	570.780,45
Leistungsabhängige Vergütung	64.550,56	64.550,56	0,00	76.716,68	76.716,68
Urlaubsansprüche	57.489,89	57.066,41	3.349,29	32.762,79	29.836,98
Mehrarbeitsstunden	18.930,77	18.930,77	0,00	13.839,92	13.839,92
	991.366,42	487.259,93	9.520,05	196.587,59	691.174,03
Andere Bereiche					
Ausstehende Rechnungen	52.500,00	0,00	0,00	0,00	52.500,00
Jahresabschlusskosten und Steuererklärungen	34.950,00	32.548,50	2.401,50	34.950,00	34.950,00
Prozesskosten	2.471,63	2.471,63	0,00	8.664,38	8.664,38
	89.921,63	35.020,13	2.401,50	43.614,38	96.114,38
	17.634.748,48	1.590.299,96	11.921,55	2.325.484,71	18.358.011,68

Steuerrückstellungen

Rückstellungen für	Stand 01.01.2013	Verbrauch 2013	Auflösung 2013	Zuführung 2013	Stand 31.12.2013
	€	€	€	€	€
Körperschaftsteuer	22.541,48	22.541,48	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag	1.239,79	1.239,79	0,00	0,00	0,00
Gewerbsteuer	24.458,70	24.456,80	1,90	0,00	0,00
	48.239,97	48.238,07	1,90	0,00	0,00

5. Umsatzerlöse

5.1 Finanzieller Umsatz

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	T€	T€
<u>Hoheitlicher Betrieb</u>		
- Erlöse Abfall- und Benutzungsgebühren	11.146	10.630
- Erlöse PPK	924	1.047
- Vermarktungserlöse Metall- und Elektronik- schrott	134	112
- sonstige Erlöse	19	23
	<u>12.223</u>	<u>11.812</u>
<u>Betrieb gewerblicher Art</u>		
- Erlöse DSD Nebenentgelte	261	262
- Erlöse PPK	324	474
- Erlöse Werkstatt	53	49
- sonstige Erlöse	59	48
	<u>697</u>	<u>833</u>
gesamt	<u>12.920</u>	<u>12.645</u>

5.2 Statistischer Umsatz

	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	Mg	Mg
Hausmüll	33.640	33.826
Sperrmüll	6.429	6.382

6. Personal

	Stand <u>31.12.2013</u>	Stand <u>31.12.2012</u>
Tariflich Beschäftigte	87,88	91,5
Entgelte	2.999 T€	3.068 T€
soziale Abgaben	777 T€	800 T€
davon Altersvorsorge	114 T€	119 T€

Zum Bilanzstichtag war im Unternehmen ein Auszubildender beschäftigt.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Nach Schluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge von besonderer Bedeutung im Unternehmen zu verzeichnen.

8. Ausblick auf die weitere Entwicklung des Eigenbetriebes

Das Kommunale Wirtschaftsunternehmen stellt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für den Landkreis die Abfallentsorgung flächendeckend für alle Bürgerinnen und Bürger sicher.

Oberstes Ziel ist hierbei, die Dienstleistung kostengünstig und zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auszuführen. Priorität hat hierbei die Zuverlässigkeit und hohe Qualität der Leistungsausführung.

Das Handeln des Unternehmens richtet sich an der europäischen und nationalen Gesetzgebung aus.

Im Besonderen bei der Sicherung und Nachsorge der landkreiseigenen Deponien wird auf einen effektiven Schutz der Umwelt geachtet. Auch die Sicherung der eigenen Entsorgungsmöglichkeiten unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ist zukünftig ein Thema.

Die demografische Entwicklung im Landkreis verlangt die ständige Optimierung der Betriebsabläufe bei zumindest gleichbleibendem Service.

Die Einheit aus Abfallentsorgungsanlagen, Fuhrhof, Bürgerservice und Verwaltung als Struktur des Eigenbetriebes hat sich in der Vergangenheit bewährt. Daher wird der Eigenbetrieb auch zukünftig an dieser Struktur festhalten. Das Leistungsspektrum ist weiter zu optimieren und sichert vorhandene Arbeitsplätze.

Eine komplexe Aufgabe der kommenden Jahre wird die endgültige Oberflächenabdeckung (OFA) der geschlossenen Deponien Buchwaldstraße und „Alte Ziegelei“ sein. Die Deponie in Eisenhüttenstadt wird in 2014 den 2. Bauabschnitt beenden. Das bedeutet, dass weitere 5 ha eine endgültige OFA erhalten haben. Für das Jahr 2015 wird die Planung für den 3. BA der Deponie Buchwaldstraße vorgesehen. In 2016 soll mit den weiteren Arbeiten für eine endgültige OFA des 3. Bauabschnittes begonnen werden. Um die weiteren Oberflächenabdeckungen der Deponien sowie die Nachsorge finanziell abzusichern, sind in den nächsten Jahren weitere Zuführungen in die Deponierückstellungen gemäß § 9 BbgAbfBodG erforderlich.

Das am 1. Juni 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts stellt das Unternehmen vor neue Aufgaben. Insbesondere die gesetzlichen Vorgaben zur Getrenntsammlung von Bioabfällen

sowie von Metall-, Glas- und Kunststoffabfällen, oder auch die Einführung der Wertstofftonne beschäftigen das Unternehmen.

Weiterhin ist eine Vielzahl an Anzeigen zu gewerblichen Sammlungen von Abfällen zur Verwertung gemäß § 18 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu verzeichnen. Diese gewerblichen Sammler dürfen gemäß Bescheidung des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) größtenteils sammeln. Dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger werden damit insbesondere im Papierbereich Mengen entzogen, welche sich letztendlich auf die Erlöse und somit auf die Gebühren auswirken.

Aufgrund neuer Modellversuche (z.Bsp. Elektronikschrott und Grünabfall) können immer mehr Abfälle einer geforderten separaten Erfassung zugeführt werden. Einige Wertstoffe werden kostenneutral oder sogar mit einem positiven Erlös entsorgt. Mit steigendem Wert steigt aber auch der unerlaubte Zugriff Dritter auf die Abfallströme (z. B. Entwendung von Elektroaltgeräten und Papier).

Ab dem 1. März 2014 haben sich die Bezüge der Mitarbeiter um 3 % mindestens jedoch um 90 € pro Monat erhöht. Darüber hinaus ist zum 1. März 2015 eine weitere Tarifierhöhung um 2,4 % vereinbart worden. Auch der Urlaubsanspruch wurde einheitlich auf 30 Tage tariflich festgesetzt.

Aufgrund der bisher erreichten Kosteneinsparungen, der Umsatzsteigerungen durch die ab 2014 durchgeführte Gebührenerhöhung wird nach Einschätzung der Werkleitung das Unternehmen voraussichtlich stabil sein. Für 2014 und 2015 wurde eine zweijährige Gebührenkalkulation durchgeführt. Derzeit arbeitet das Unternehmen an einer Erneuerung der Abfallentsorgungssatzung gemäß den Vorgaben des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Aufgrund der künftig stärker sinkenden Einwohnerzahlen werden sich die Abfallmengen bei weitgehend konstanten Logistikstrecken und tendenziell eher steigenden Logistikkosten rückläufig entwickeln, was sich gebührenerhöhend auswirken könnte.

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wird ein Jahresgewinn von 23 T€ erwartet.

9. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Ein wesentlicher Risikofaktor ist die Kündigung der Verträge für die Entsorgung von Verkaufsverpackungen PPK zweier dualer Systembetreiber. Die Belland Vision GmbH kündigte zum 30. Juni 2012 und die DSD GmbH kündigte zum 31. Dezember 2012 die bestehenden Verträge. Die Kündigungen waren ursächlich darin begründet, dass beide Systembetreiber einen Herausgabeanspruch an der ihnen zustehenden PPK-Menge geltend machten. Das lehnte das KWU-Entsorgung entschieden ab. Damit bekommt das Unternehmen keine Vergütung für die Sammlung und Entsorgung von Verkaufsverpackungen PPK, jedoch bekommen die beiden Systembetreiber auch keine Erlösbeteiligung seitens des KWU.

Das Unternehmen informierte wegen des vertragslosen Zustandes mit der DSD GmbH das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MUGV) am 12. März 2013 mit dem Hinweis, dass die geforderte Flächendeckung des Systembetreibers nicht mehr gegeben ist. Das MUGV ließ hierzu seine Rechtsposition offen. Zwischenzeitlich wurde die Erlangung des Eigentums seitens des Verwaltungsgerichtes Ravensburg negiert. Ein Berufungsverfahren ist seitdem anhängig.

Das MUGV wurde in 2014 nochmals auf die fehlenden Verträge beider Systembetreiber hingewiesen. Eine Antwort steht zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes noch aus. Da das Unternehmen derzeit einen guten PPK-Vermarktungsvertrag hat, kompensieren die Erlöse noch die Aufwendungen durch das KWU für die Sammlung und Entsorgung der Verkaufsverpackungen PPK. Als Risiko wird die ausstehende Ausschreibung des PPK-Vertrages für die Jahre 2015/2016 in Bezug auf die Verwertungserlöse angesehen.

Mit der Gebührenkalkulation 2014 / 2015 und für die Folgejahre bis 2020 wird der Aufwand aus der Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen gemäß BilMoG für die Deponienachsorge und weitere Zuführungen nach dem Brandenburgischen Abfallgesetz insgesamt auf noch ca. 4 Mio. € geschätzt.

Nennenswert ist auch die voraussichtlich verpflichtende flächendeckende Einführung der Biotonne gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz. Im Jahr 2009 hatte der Landkreis Oder-Spree nach 10 Jahren die Biotonne aus wirtschaftlichen Gründen abgeschafft. Sollte die Biotonne für den Landkreis verpflichtend eingeführt werden müssen, so wird es zu unvermeidbaren Gebührensteigerungen kommen. Derzeit wird seitens des Unternehmens über ein Rechtsgutachten untersucht, ob für den Landkreis Oder-Spree eine Ausnahmegenehmigung zur Befreiung von der Einführung der Pflichtbiotonne möglich ist.

Steigende Preise bei Dieselmotoren, Strom und anderen betrieblichen Aufwendungen sowie Tarifierhöhungen im Personalbereich, sinkende Abfallmengen durch die demographische Entwicklung und ähnliches werden an das Unternehmen auch in Zukunft große Herausforderungen stellen, insbesondere in Hinsicht auf vertretbare Gebührenentwicklungen. Ziel des Unternehmens ist, die Gebühren möglichst gering zu halten und trotzdem den wachsenden gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Auch die Auslastung der Restabfallbehandlungsanlage des ZAB in Niederlehme wird in der Zukunft entscheidenden Einfluss auf die Abfallgebühren haben. Im Jahr 2014 konnten die Behandlungskosten bislang auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Ob die derzeitigen Behandlungskosten in der Zukunft weiter so gestaltet sind, hängt wesentlich von den angelieferten Abfallmengen ab.

Durch bereits erfolgte Analysen und die Einleitung entsprechender Maßnahmen im Fuhrpark und auch in der Verwaltung sind die Strukturen im Unternehmen effektiver gestaltet worden. Für die Zukunft hat das Unternehmen viel Potenzial, um seine Leistungen mit strafferen Organisationseinheiten anzubieten.

Durch die in den kommenden Jahren anstehenden Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen der noch nicht abgedeckten Deponien des Landkreises ist ein besonderes Augenmerk auf die Liquidität des Unternehmens zu richten.

Fürstenwalde, den 5. Juni 2014

Sölve Drawe
Werkleiterin

